

Flüchtlinge sollen nicht in einer Art Konzentrationslager untergebracht werden. Die Disziplin darf im Flüchtlingslager nicht militärisch durchgeführt werden, sondern mit Takt und Diplomatie. In vierzehn Punkten formuliert er schließlich Aufgaben, die unter Umständen von einem effizienten Flüchtlingskomitee erfüllt werden sollten. Festzuhalten ist, so *Ebenezer Blavo*, daß bei allen Maßnahmen die kulante Hilfsbereitschaft der jeweiligen Afrikanischen Regierungen im Mittelpunkt steht.

Formal wird das Buch sehr gut präsentiert, und es wirkt sehr leserfreundlich. Inhaltlich ist es aber sehr asymmetrisch aufgebaut, was die Wissenschaftlichkeit dieser Dissertation stark vermindert. Das Buch besteht aus 177 Seiten, nur 80 Seiten davon sind geschriebener Text. Die Sekundärliteratur und der Anhang übernehmen 97 Seiten. In theoretisch-methodologischer Hinsicht bleibt beim Leser nach der Lektüre weniger der Eindruck, eine Dissertation im wissenschaftlichen Sinne als einen Feldbericht gelesen zu haben. Ohne Zweifel liegt die Stärke des Buches in seiner praktischen Anwendbarkeit. Die im Anhang zusammengestellten Texte und Konventionen machen das Buch zu einem Nachschlagwerk.

Albert Gouaffo

Bruce D. Jones. Peacemaking in Rwanda. The Dynamics of Failure. Boulder/Colorado, London: Lynne Rienner Publishers 2001. 209 S.

Binnen weniger Wochen – zwischen dem 6. April und dem 17. Juli 1994 – fielen dem Genozid in Rwanda minde-

stens 500.000 Menschen zum Opfer, im herrschenden Rassediskurs meist als ethnische „Tutsi“ definierte Menschen, aber auch der „Hutu“-Regierung oppositionell gegenüberstehende Hutu. Vier Millionen Menschen, etwa die Hälfte der Bevölkerung, wurden vertrieben, 2,3 Millionen von ihnen flohen über die Landesgrenzen, vor allem ins damalige Zaire (heute Demokratische Republik Kongo). Das Thema der Monographie von *Bruce D. Jones* sind die Grenzen des internationalen Konfliktmanagements, das sich bereits im Vorfeld des Genozids eingestellt hatte: Mehr als 50 Jahre UN-Erfahrung mit Konfliktlösung und Friedenserhaltung vermochten es nicht, diesen Genozid aufzuhalten.

Bereits 1990 war ein internationaler Friedensprozeß zu Rwanda etabliert worden, der mit einer kurzen Unterbrechung 1991 zwischen Juni 1992 und August 1993 zu einem unter der Ägide des Präsidenten Tanzanias ausgehandelten Friedensabkommen, dem *Arusha Agreement*, führte. Neben zahlreichen regionalen und internationalen diplomatischen Vermittlungsbemühungen reisten in diesem Zeitraum auch fünf militärische Beobachtungsmissionen nach Rwanda, darunter die erste jemals von der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) mandatierte militärische Beobachtermission sowie die erste gemeinsame OAU-UN *Peacekeeping Operation*. Wie, so *Jones*’ zentrale Frage, war es möglich, daß die Vielzahl internationaler Vermittlungs- und Friedensbemühungen derart wenig Resultate erzielen hat? Wie konnte sich unter derartigen Umständen aus einem *low intensity conflict* ein Genozid entwickeln? Der große Korpus an Literatur zur Ursachenanalyse des Konflikts in Rwanda, insbesondere zu Rolle der

„internationalen Gemeinschaft“ in der Verdrängung von Frühwarnzeichen des sich abzeichnenden Genozids bis hin zur stillschweigenden Duldung oder gar Begünstigung desselben, wird damit um eine wichtige Facette ergänzt: die von staatlichen wie nichtstaatlichen Akteuren über einen Zeitraum von vier Jahren in Szene gesetzten diplomatischen Bemühungen vor Ausbruch des Genozids.

In der Analyse der konfliktverschärfenden Faktoren weiß sich der Praktiker Jones – vor seiner heutigen Beschäftigung bei der UN in Gaza/Palestina war er für das UN-Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten im Bereich Konfliktprävention tätig – mit der Mehrzahl seiner wissenschaftlichen Kollegen einig: die Inflexibilität der „Rebellen“, der seit dem 1. Oktober 1990 von Uganda aus operierenden *Rwanda Patriotic Front* (RPF), wurde noch übertroffen von den keineswegs an einer friedlichen Konfliktregelung interessierten Hardlinern in der Regierung von Präsident Juvénal Habyarimana. Dies allein, so Jones, hätte allerdings keine Pfadabhängigkeit in Richtung Genozid begründet. Vielmehr hat es noch der inkohärenten und unzureichenden Reaktion externer Akteure auf „die Extremisten“ bedurft, um den Genozid erst zu ermöglichen. So hat der Friedensprozeß zu Rwanda zwar eine Reihe von Erfolgen gezeitigt, er war aber auch von zahlreichen Unzulänglichkeiten gekennzeichnet, die für sich allein genommen zwar noch keine große Wirkung entfaltet, in der Summe jedoch eine fatale Konsequenz gehabt hätten. Einerseits wurden durch die Vorverhandlungen alle Konfliktparteien an einen Tisch gebracht, gleichzeitig aber die Position moderater Regimevertreter durch die Präsenz

radikaler Akteure unterminiert. Zwar resultierte der Friedensprozeß 1993 in einem umfassenden Friedensabkommen, er isolierte gleichzeitig aber auch mächtige Kräfte in der Regierung, die sich dann mit Hutu-Extremisten zusammenschlossen. Wohl willigte die UN anschließend in eine Friedensmission ein, diese war allerdings nur schwach mit dem eigentlichen Friedensprozeß koordiniert und basierte auf der falschen Grundannahme, daß der Abkommen auch tatsächlich implementierungsreif wäre. Während die Hutu-Extremisten einen klaren Eskalationskurs verfolgten, waren die Strategien vermittelnder Dritter nur schwach aufeinander abgestimmt. Die internationalen Reaktionen auf den rasch exekutierten Genozid – also zunächst der Abzug der *UN Assistance Mission in Rwanda* (UNAMIR) im Angesicht des Genozids, dann die Entsendung von UNAMIR II nach Überwindung der Paralyse sowie die unilaterale französische „Operation Turquoise“ in Südwest-Rwanda, durch die de facto ein *save haven* für *genocidaires* geschaffen wurde – vermochten den Genozid nicht zu unterbinden, vielmehr schufen sie erst den Raum für seine konsequente Umsetzung. Die *lessons learned*, die Jones kenntnisreich, mit Überblick zum Forschungsstand und weit über das Fallbeispiel Rwanda hinausweisend bilanziert, spiegeln denn auch den neuen internationalen Konsens zur Konfliktprävention wider, wie er sich in der Folge der Erfahrungen mit den *New Wars* in Bosnien und Somalia 1992 sowie eben auch Rwanda 1994 bei INGOs, aber vor allem auch in UN und EU etabliert hat: Frühwarnung und rechtzeitige, strategische und gezielte Intervention sind weitaus billiger als alle späteren Versuche der Konflikt-

eindämmung. *Jones* weiß jedoch auch darum, daß das internationale System im Fall von Konfliktprävention selektiv reagiert, und zwar auf der Basis politischer Kalküle, nicht etwa humanitärer Bedürfnisse.

Ulf Engel

Minderheiten, Regionalbewußtsein im Zentralismus in Ostmitteleuropa, hg. v. Heinz-Dietrich Löwe, Günther H. Trontsch und Stefan Troebst (= Siebenbürgisches Archiv, Band 35), Köln/Weimar/Wien (Böhlau-Verlag) 2000, 237 Seiten

Regionalismus ist als Untersuchungsgegenstand schon wegen der vielfältigen, wenn auch widersprüchlichen, Erwartungen an die Lebendigkeit regionalen Engagements in der Gegenwart en vogue, und was liegt näher, als die Potenz dieser Kategorie auch, und gerade für den Osten Europas zu untersuchen, wo Raumstrukturen und Raumwahrnehmungen nicht über die Jahrhunderte konstant gehalten werden konnten, wie es für Westeuropa wirkungsreich lange Zeit behauptet wurde. Der vorliegende Sammelband, der aus der 36. Wissenschaftlichen Jahrestagung des Arbeitskreises für Siebenbürgische Landeskunde e. V. in Heidelberg im September 1998 hervorging, vereint im Detail vorzüglich ausgearbeitete Studien zu Regionalität (als Ergebnis von Regionalisierungsvorgängen verschiedener Akteursgruppen), zum Regionalismus (als politischen Engagement auf Grundlage eines geschlossenen, eben regionalistischen Weltbildes) und dem Umgang mit, oder zur Selbstwahrnehmung von Minderheiten in Ungarn, Rumänien,

auf dem Territorium der früheren Tschechoslowakei, mit einem Schwerpunkt naturgemäß auf Siebenbürgen. Eine theoretische Einführung, die die sehr verschiedenen Konzepte und Perspektiven zur Erfassung des Regionalen in seinen diversen Ausformungen gegeneinander gewichtet, die die Autoren, deren wissenschaftliche Referenzen kaum deckungsgleich sind, vornehmen, sucht man jedoch ebenso vergeblich, wie eine Klärung des Verhältnisses des im Titel apostrophierten „Ostmitteleuropa“ zum zumeist behandelten Südosteuropa. Dies schmälert die Qualität der Einzelbeiträge nicht, erleichtert aber wohl auch kaum die Rezeption des Bandes als Ganzes, weil die komparatistische Dimension, die sich so vorzüglich angeboten hätte, auf einzelne Aufsätze zu Teilaspekten beschränkt bleibt. Wie *Stefan Troebsts* Vergleich der Autonomiebestrebungen von Mähren und Russinen belegt, steht allerdings hier mit der Kategorie des Regionalbewußtseins ein Ansatz zur Verfügung, der es möglich machen würde, genauer in die Geschichte Ostmitteleuropas einzudringen. So bleibt nur zu hoffen, daß die Aufsätze dieses Sammelbandes nicht einfach in der Bibliothek verschwinden, und demnächst neu erfunden werden müssen.

Matthias Middell